

Neustädter Zeitung

Redaktion

Boschstraße 12

31535 Neustadt

Leserzuschrift

Privatisierung? Ja! Aber was?

In der NZ vom 8. 5. 1996 wird berichtet, daß die CDU/FDP-Gruppe im Rat der Stadt Neustadt a.Rbge. die kommunale Abwasserbeseitigung privatisieren will. In Hannover hat die SPD-Regierungsmehrheit beschlossen die Harzwasserwerke von einer Anstalt des öffentlichen Rechts in eine GmbH (Gesellschaft des privaten Rechts) umzuwandeln, damit sie an private Geld-Investoren verkauft werden kann. In beiden Fällen wird deutlich, daß es sich hier nicht um ordnungspolitische Maßnahmen, sondern um Diktate der leeren Kassen handelt. In Neustadt opponiert die SPD, in Hannover die CDU. So wie die Geschichte lehrt, daß Revolutionen nicht automatisch eine Humanisierung der Gesellschaft mit sich bringen, so lehren uns die Diktate der leeren Kassen und die drückenden Schuldenberge, daß diese nicht automatisch eine einsichtsvollere und damit eine bessere Politik zur Folge haben. Die Parlamentarier von heute erweisen sich in Punkto Einsichtslosigkeit jenen aus der Weimarer Republik - die durch ihre Unfähigkeit ökonomische Probleme zu lösen, Hitler erst ermöglicht haben - als ebenbürtig.

Bei uns klaffen die Wirklichkeit und die Idee von unserer Gesellschaft fast so weit auseinander wie in der untergegangenen DDR. Es ist also viel zu tun, um die Idee und die Wirklichkeit von einer freien, ökologisch orientierten, leistungsstarken und sozial gerechten Gesellschaftsordnung zu entwickeln und zur Deckung zu bringen. Diesen Auftrag - abgeleitet aus unsern Ideen - hat auch die Kommune. Es ist daher grundsätzlich zu begrüßen, wenn sich eine Bereitschaft zur Veränderungen entwickelt, damit politische Verkrustungen aufgebrochen werden können. Aber es gilt - auch wenn die Schulden drücken - immer zu fragen, wo sind wir, wo wollen wir hin, und bringt uns die geplante Maßnahme möglicher Weise vom Weg ab. Denn die Beachtung der Grundrechte gebietet dezentrale, föderative Strukturen zu entwickeln. Dies ist nicht im Modell der Zentralverwaltungswirtschaft möglich, sondern nur im Modell Marktwirtschaft. Im zentralverwaltungswirtschaftlichen Modell heißen die wesentliche Steuerungsinstrumente: Befehl und Gehorsam und administrative Wertfestsetzungen, staatliche Interventionen zu jeder Zeit an jedem Ort. Im Modell Marktwirtschaft, in der die Kooperation der Wirtschaftssubjekte und die Koordination der Einzelpläne ohne zentrale Organisation aus-

kommen, das aber genau wie das Gegenmodell kein Naturprodukt ist, sind die Steuerungselemente: Einigung und Vertrag, Wettbewerb und (freie) Preise. Staatliche willkürliche Interventionen sind hier ein Übel. Der Staat hat im Modell Marktwirtschaft die Aufgabe, für eindeutige Rahmendaten zu sorgen. Beide Modelle waren in der Realität bisher vom Kapitalismus - die Möglichkeit das Arbeitseinkommen der Bürger ohne Gegenleistung anzuzapfen - überlagert. Im einen Fall sprechen wir vom Staatskapitalismus im anderen vom Privatkapitalismus. Der Privatkapitalismus hat nun nicht seine Ursache in den „bösen“ Unternehmern, sondern in Strukturfehlern, in Fehlern des Datenkranzes. Wenn wir also Marktwirtschaft wollen und ebenfalls die sozialökonomischen Verwerfungen beheben wollen, dann bleibt uns gar nichts anderes übrig, als den Kapitalismus mit geeigneten Mitteln zu überwinden. Eine Marktwirtschaft ohne Arbeitslosigkeit und ohne Überschuldung von Staats-, Unternehmens- und Privathaushalten ist möglich. Die Blockierung dieses Zieles ist verbrecherisch, weil sie letztendlich wieder zu Mord und Totschlag führt.

Der Weg in eine wirklich freie Gesellschaft ist steinig, weil unser Denken und Handeln zu sehr von unbrauchbar gewordenen Vorstellungen bestimmt wird. Überholte Vorstellungen sind die Steine, die aus dem Weg geräumt werden müssen. Kopflosigkeit in einer solchen Situation kann aber ein erneuter gesellschaftlicher Absturz unserer Gesellschaft bedeuten.

Damit wir unsere politische Orientierungslosigkeit überwinden, müssen wir andererseits alte gute Einsichten wieder in unser Bewußsein heben. Ich denke u.a. an folgende:

- Im Modell *Demokratie* ist die Gesamtheit einer jeweiligen politischen Einheit der verfassungsgebende Souverän und nicht eine für andere Aufgaben gewählte Vertretung.
- Die Lehre von der Gewaltenteilung unterliegt nicht einer beliebigen Interpretation, sondern deren Beachtung ist notwendig, um die immer wieder einsetzende Entwicklung des Staates zum Monstrum entgegen zu wirken.
- So wie in einem lebendigen Organismus die einzelnen Organe spezielle, voneinander getrennte Funktionen aus-

zuüben haben, um das Gesamtsystem funktionsfähig zu machen und zu optimieren, so müssen auch die gesellschaftlichen Organe Staat und Wirtschaft klar getrennt ihre jeweilige Funktion ausüben.

- Der Gedanke von der föderalen Gliederung einer Gesellschaft meint den Zusammenschluß autonomer Individuen zu autonomen (privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen) Einheiten, eine Gliederung, die ihre Stärke aus ihrer jeweiligen Basis holt. Es ist ein Gegenmodell zum hierarchisch-zentralistischen Staat. Und es ist ein Gegenmodell zu unserem gegenwärtigen Mischmaschkonzern BRD.

Auf dem Weg zur Marktwirtschaft (die nicht nur eine Kooperationstechnik für den ökonomischen Bereich im engeren Sinne ist) gibt es viel zu ändern:

- Im Bildungssektor gilt es den Schulzwang aufzuheben, die volle inhaltliche, organisatorische und ökonomische Autonomie der Kindergärten, Schulen und Hochschulen und Theater herzustellen.

- In Bezug auf das soziale Sicherungsnetz gilt es die staatsdominierte, den Bürger entmündigende und enteignende Zwangskollektive durch privatrechtliche freiwillige Kollektive mit voller Autonomie abzulösen.

- Einrichtungen des Gesundheitswesens wie z.B. Krankenhäuser sind privatwirtschaftlich zu führen.

- Öffentlich-rechtlichen Unternehmen, wie die Sparkassen und Landesbanken sind in privatrechtliche Gesellschaften zu wandeln.

- Das Alleineigentum und Anteilseigentum des Staates an Wirtschaftsunternehmen (ohne Boden) ist an Bürger zu verkaufen.

- Es gilt Anbietermonopole wie bei den Rechtsanwälten und Schornsteinfegern aufzulösen, wie dies beim TÜV geschah.

- Es gilt konsequent monopolistischen Strukturen (besonders in der Energiewirtschaft) entgegenzuwirken und da wo dies nicht möglich ist, die Monopolrente ökonomisch zu neutralisieren oder eine private Aneignung zu verunmöglichen.

- Die Kammern mit ihren Zwangmitgliedschaften müssen dem leistungsfördernden Prinzip der Freiwilligkeit ausgesetzt werden.

Es muß eine striktere Trennung zwischen Staat und Kirche erfolgen, unter anderem um einen chancengleichen Wettbewerb der Weltanschauungsgemeinschaften zu ermöglichen und den Staat daran zu hindern, Partei für eine bestimmte Weltanschauungs- oder Religionsgemeinschaft zu ergreifen.

Der Rundfunk und das Fernsehen müssen eine Wettbewerbsordnung erhalten, in der alle Anbieter die gleichen Chancen erhalten (auch Kleinanbieter mit z.B. einer Stunde Sendezeit in der Woche) und durch die die Werbung in die Schranken verwiesen wird. Die Finanzierung erfolgt dann nicht mehr dominant über Werbeeinnahmen und Gebühren, sondern über Preise für genutzte Sendeeinheiten.

- Es muß sogar das Aussperrungs- und Streikrecht aufgehoben werden. Es geht in der Hauptwirkung immer zu Lasten Dritter und wirkt für die Arbeitnehmer selbst kontraproduktiv.

- Das Patentrecht muß so überarbeitet werden, daß es auch wirklich nur die Leistung des Erfinders schützt und nicht mehr.

- Wir brauchen ein Bodenrecht, daß planungsneutral, sozial, nicht leistungsfeindlich ist, aber den Gleichheitsgrundsatz der Menschen achtet. Dies bedingt, daß die Bodenrente ökonomisch neutralisiert und daß ein Markt für Bodennutzungsrechte installiert wird.

- Wir benötigen zu dem ein neutrales Geld, daß unter allen Umständen seine Tauschmittelfunktion (und damit Vollbeschäftigung) aufrecht erhält, das nicht das Leistungsprinzip verfälscht und nicht nach jeder gesellschaftlichen Katastrophe eine neue Verschuldungsspirale aufbaut.

Ich habe versucht, in Kurzform marktwirtschaftliche Zusammenhänge und Bedingungen aufzuzeigen und ich habe eine lange Liste mit den politischen Aufgaben anfertigt, die getan werden müssen, wenn wir unsere sozial-ökonomischen Probleme mit marktwirtschaftlichen Mitteln lösen wollen. Die Privatisierung von Abwasserkanälen und Trinkwasserwerken sind aus gutem Grund in der Liste nicht aufgeführt. Anhand der Liste ist der verständige Leser schon in der Lage zu urteilen, daß hier eine Privatisierung in diesen Bereichen politisch töricht und ökonomisch dumm wäre.

In Bezug auf die Harzwasserwerke will ich hier nur kurz sagen: Das Wasser ist wie die Luft und die Erde eine Lebensbedingung des Menschen (und seiner Mitkreaturen) und ist von daher nicht privateigentumsfähig. Das Trinkwasser ist auch bei uns inzwischen ein knappes, nicht beliebig vermehrbares Gut. Die überregionalen Anbieter bilden ein Oligopol, die regionalen Anbieter haben jeweils ein Gebietsmonopol, daß nur soweit eingeschränkt ist, wie private Brunnen und Regenwasserspeicher rechtlich und technisch möglich sind. Das Privateigentum oder die private Betreiberlizenz in einem solchen Bereich ohne politisches Mitwirkungsrecht bei der Festsetzung der Preise (die ohne Wettbewerb zu Gebühren werden) wird bzw. werden wie eine Lizenz zum Gelddrucken. Aber auch wenn ein politisches Mitwirkungsrecht bei der Gebührensatzfestsetzung vertraglich vereinbart wird, bleiben Fallen. Ein Privatinvestor wird die Wasserwerke heute nur

kaufen, wenn sein hier zu investierendes Geld jetzt oder in Zukunft eine höhere Rendite abwirft, als eine mögliche andere Geldanlage. Ich vermute, unter einer langjährig zu erwartenden inflationsbereinigten zehnprozentigen Rendite wird kein privater Investor einsteigen. Gehen wir jetzt davon aus, die Politik sei aus Not einsichtig geworden und hat eine Währungspolitik eingeleitet, die ein Zinsniveau in der Nähe von Null ermöglicht. Eine Überführung der Wasserwerke in Gemeinschaftseigentum durch Rückkauf wäre nicht bezahlbar. Der reale Zinsertrag der Eigentümer aus den Wasserwerken erbringt kapitalisiert mit dem Marktzinssatz einen Preis für die Wasserwerke, der nicht mehr bezahlbar ist. Es werden also bereits schon jetzt der Totschlag oder die Enteignung der künftigen Eigentümer programmiert.

Die Aussagen für die Wasserwerke, die privatisiert werden sollen, gelten für die zu privatisierende Abwasserentsorgung noch mehr, denn wir haben es hier mit einem örtlich absoluten Monopol zu tun. Die Situation würde sich nur dann ändern, wenn der Anschlußzwang für die Anlieger aufgehoben würde. Diese Aufhebung würde aber nur jenen Anliegern nutzen, die im Garten eine Kleinkläranlage unterbringen könnten. Wie das ökologisch zu bewerten ist, steht dabei auf einem anderen Blatt. Natürlich würde die Aufhebung des Anschlußzwanges aber den Verkaufswert des Abwassersystems (Kanäle und Klärwerke?) drücken, denn der mögliche private Investor spekuliert natürlich auf die Teilhabe an einem Monopol.

Nun soll die Stadt Neustadt 51% der Anteile an der zu gründenden Abwasser-Gesellschaft behalten. Und die Befürworter der Privatisierung stellen den Bürgern eine Gebührensenkung in Aussicht. Ist das eine ein Schutz gegen den Mißbrauch eines Monopols und ist das andere mehr als ein übliches leeres Politiker-Versprechen?

So wie die Politik nun einmal gehandhabt wird, werden trotz 51%ziger Mehrheit in der Gesellschafterversammlung bestimmt jene Spezies in die Lenkungs- und Kontrollfunktion kommen, die die Interessen der 49%tigen Minderheit vertreten. Auch wenn dies durch glückliche Umstände nicht der Fall ist, entsteht zwischen Stadt und Privateigentümer eine Interessenskumpane. Soviel höher der kalkulatorische Zins angesetzt wird, um so höher auch der Zufluß beim Stadtkämmerer. Die Privatisierung ermöglicht der Stadt also die Erhebung einer außergesetzlichen Steuer.

Die Gebührenermäßigung wird vermutlich eine sofortige Gebührenerhöhung. Was gilt aber heutzutage noch ein Politikerwort? Die Gruppe CDU/FDP müßte schon aus privaten Mittel ein Garantiefonds bei einem Kreditinstitut in Höhe von sagen wir einer Million DM anlegen, aus der die Gebührenerhöhungen der nächsten 10 Jahre finanziert werden können.

Helmut Creutz geht in seinem Buch *Das Geldsyndrom* der Frage nach, wie hoch der Zinsanteil in den Preisen ist. In Bezug auf die Kanalbenutzung kommt er zu folgen-

den Durchschnittswerten:

a) Sachkosten	19 %
b) Personalkosten	7 %
c) Abschreibung	27 %
d) <u>Kapitalverzinsung</u>	<u>47 %</u>

Bei dieser Rechnung ist noch zu berücksichtigen, daß in den Sachkosten auch noch Zinsanteile der Vorstufen stecken, die in diesem Zusammenhang aber nicht so von Interesse sind.

In der Privatisierungsdebatte um die städtische Entwässerung sollte den Bürgern eine ungeschönte Kalkulation für die jetzigen Gebühren vorgelegt werden und eine realistische für die künftigen.

Für eine Gebührensenkung ist nach einer Privatisierung eines kapitalintensiven Abwasserunternehmens kein Raum, es sei denn, daß z.B. die Intervalle für die Kanalreinigung gestreckt werden und die Gullys noch mehr stinken als jetzt schon.

Bei einem Verkaufswert von 200 Millionen DM und einer Rendite von wenigstens 10% müssen die Bürger Neustadts für das Abwassersystem jährlich 20 Millionen DM an Zinsen zahlen.

Nun habe ich in unsere Rechnung vom Wasserverband, der ja die Kanalbeiträge erhebt, geschaut. Mehrwertsteuer wird bisher nur in Höhe von 7% auf die Wassergebühr erhoben. Nach der Privatisierung kommt dann also auch eine Mehrwertsteuer auf das Abwasser hinzu. Bei uns würde das bei 7% einen jährlichen Betrag von 87,5 DM ausmachen.

Nun müßte man ja redlicherweise noch die Zinsersparnis der Stadt bei den getilgten 100 Millionen Verbindlichkeiten gegenrechnen. Ob aber tatsächlich der Verkaufserlös von 100 Millionen zur Tilgung verwendet wird, ist mal wieder eine Glaubenssache. Der Frust der Ratsmitglieder ist doch hier und anderswo über die Tatsache, daß sie nur noch Schulden verwalten dürfen, groß. Die Versuchung, das Geld aus dem Erlös (oder aus einer folgenden Neuverschuldung) für das eine oder andere Projekt zu verwenden ist doch riesengroß. In einer Besprechung von H.-W. Sinn des Buches „Staatsverschuldung ohne Ende“ Warnungen aus der Bundesbank in der FAZ vom 17. 5. 93 heißt es: „Offenbar erliegen Politiker jedweder Couleur den Versuchungen des Schuldenmachens und sind geschickt genug, die jeweils populären Theorien ihrer Zeit für die eigenen Zwecke einzuspannen.“

Eine ganz andere Frage ist, ob der Rat mit seinen festgefügt Fraktionsblöcken legitimiert ist, einen wesentlichen Bestandteil dessen was Kommune ausmacht ohne direkte Zustimmung der Bürger zu verkaufen. Es ist dabei nicht nur die aktuelle rechtliche Situation zu prüfen, sondern auch die systemlogische. Wenn Bürgerbeteiligung angesagt ist, dann bei einer solchen Entscheidung, wie sie der Verkauf des Abwassersystems darstellt. TA

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt
20.10.1993

Der Ems-Konflikt

von Tristan Abromeit

Immer wieder wird in der Presse und dem Rundfunk das Thema "Ems-Vertiefung" aufgegriffen. Am 19. Oktober '93 wurde in den Nachrichten berichtet, daß ein Stopp der Ausbaggerungsarbeiten verfügt worden sei. Bekanntlich baut die Meyer-Werft in Papenburg an der Ems ein Schiff, daß bei der vorhandenen Flußbettiefe nach Fertigstellung nicht Flußabwärts in Richtung Nordsee gefahren werden kann. Die Meyer-Werft, so hieß es, habe nach dem Ausbaggerungsstopp einen Einstellungsstopp verfügt und beim Arbeitsamt notwendige Entlassungen angekündigt, wenn die Ems nicht vertieft würde. Außerdem seien, wenn die Fahrwasserrinne nicht vertieft würde 600 Millionen Mark in den Sand gesetzt worden. Zusätzliche Arbeitslose in einer Region mit einer überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote und hohe finanzielle Verluste in einer Situation, in der Staats-, Unternehmer- und Privathaushalte unter der zu tragenden Schuldenlast ächzen, sind schwere Geschütze gegen die ökologischen Belange, die durch eine weitere Emsvertiefung berührt werden.

Handelt es sich bei diesem Vorgang aber wirklich um einen klassischen Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie, wie Rudi Zimmermann in *Grüne Zeiten* Nr. 9 / Sept. 1993 schreibt? Und: Gibt es eine technische Lösung, um die aktuelle Lage zu entdramatisie-

ren? Die erste Frage ist mit einem Nein, die zweite mit einem Ja zu beantworten. Die Begründung des Nein erfordert mehr Aufwand als die des Ja.

Ich will hier gar nicht tieferschürfend darauf eingehen, daß die Begriffe Ökonomie und Ökologie die gleiche griechische Wortwurzel haben und sich beide auf das Haushalten beziehen. Einmal steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Mittelpunkt der Betrachtungen, daß andere Mal diejenigen aller Lebewesen und deren Wechselbeziehungen zur Umwelt. Probleme zwischen diesen beiden Bereichen des Haushaltens kann es nur dann geben, wenn sie von einander abgekoppelt werden, wenn ihre Wechselwirkungen mißachtet werden. So wie von der Interdependenz (Abhängigkeit) aller Preise gesprochen wird und Walter Eucken von der Interdependenz der gesellschaftlichen Teilordnungen spricht, so ist es auch berechtigt, von der Interdependenz von Ökonomie und Ökologie zu sprechen. Die Mißachtung des langfristig und großräumig angelegten ökologischen Haushaltens durch das eher auf hier und heute angelegte ökonomische Haushalten hatte bzw. hat bisher zu geringe unmittelbare Folgen für die Ökonomie. Wie in der Ökonomie eine stärkere Rückkoppelung der Auswirkungen an die Verursacher hergestellt werden kann, ist ja Gegenstand jener Ökonomen, die wenig Vertrauen in statische Verbotsregelungen haben und mehr auf Eigennutzdenken der ökonomisch handelnden Menschen setzen.

Der Ems-Konflikt ist ein Paradebeispiel für eine unökonomische Wirtschaftspolitik, die wie ein Wanderer im Nebel herumstochert, um den Weg zu finden, der aus der Gefahrenzone herausführt. Der Nebel, in dem sich die Wirtschaftspolitik befindet, ist aber nicht naturgegeben, sondern durch die Wirtschaftstheorie, durch ideologisch gefärbte Betrachtungsweisen und durch das Streben nach Parteimacht selbst produziert. Zu erkennen, wo irrender guter Wille und wo berechnender böser Wille am Werke ist, ist kaum noch zu erkennen. Ein westliches Glasnost und Perestrojka ist noch nicht in Sicht. Die Welle wirtschaftspolitischer Unvernunft kann - bevor sie verebbt - uns noch eine Schiffswerft auf dem Brocken im Harz bescheren. Ein fertiges Seeschiff in Papenburg, das aufgrund seines Tiefganges nicht in See stechen kann, wäre

ein angemessenes Denkmal für die Wirtschaftspolitik des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts. Und die Grünen könnten sich dann stolz auf die Brust schlagen und sagen: "Daran haben wir mitgewirkt, indem wir Alternativen zu dieser antiökonomischen Wirtschaftspolitik unterdrückt haben."

Seit Schiffe gebaut werden, werden sie dort gebaut, wo sie auch zu Wasser gelassen werden oder mit den Hilfsmittel der jeweiligen Zeit zum Wasser geschafft werden konnten. Wenn Schiffbauer in Papenburg eine jahrtausendalte Tradition, die auf Einsicht in das Notwendige beruht, außer Acht lassen, dann nicht, weil sie dümmer sind als Schiffbauer anderen Orts oder in vergangenen Zeiten, sondern weil sie von der durchaus parteipolitisch motivierten Wirtschaftspolitik dazu verführt wurden. Verführt nicht nur im Sinne von Einlassen auf Versprechungen der Wirtschaftspolitiker, sondern verführt auch im Sinne von Erpressungsmöglichkeiten von direkten Subventionen und Abwälzen von betrieblichen Kosten auf die Allgemeinheit mit dem Argument der Arbeitsplatzschaffung oder -erhaltung. Bei dieser Subventionspolitik bilden dann die betroffenen Unternehmer, Arbeitnehmer und Kommunen eine Allianz, weil sie alle davon ihren Nutzen haben. Dieses Verhalten kann man moralisch nur bedingt verurteilen. Die Menschen wollen überleben und richten sich in der großen Mehrheit auf die Verhältnisse ein, das war unter den Nationalsozialisten so, es war im SED-Regime so und auch in der BRD sagen sich die Leute, wenn meine Existenz davon abhängig ist, daß ich unvernünftig und unaufrichtig bin, dann bin ich es eben. Sicher sind die ökonomischen Fehlentwicklungen im Schiffbau kein Einzelfall in unserer Volkswirtschaft. Nach einer Globusgrafik (1508), veröffentlicht in der HAZ vom 13. 10. 1993, wurde 1991 jeder Arbeitsplatz im Steinkohlebergbau mit DM 28804 subventioniert. Die Luft- und Raumfahrttechnik folgt mit DM 20803, der Schiffbau mit DM 16583 und die Landwirtschaft mit DM 9993 je Arbeitsplatz. Die Subventionen zahlt nun aber nicht der liebe Gott und der Bund zahlt nur scheinbar. Der Staat kann nach Abzug der Umverteilungskosten nur die Gelder an Subventionsempfänger weiterreichen, die er Menschen in anderen Wirtschaftsbereichen weggenommen hat.

In diesen Tagen demonstrieren die Bergleute für den Erhalt der Kohlesubventionen, damit sie ihren Arbeitsplatz im Bergbau behalten. Die Bergleute haben sicher viel Sympathie in der Bevölkerung, wenn diese auch über einen erhöhten Kohlepfennig letztlich zur Kasse gebeten wird. Ökonomisch und human gedacht wäre es sinnvoller, wenn den Bergleuten geantwortet würde: "Wir befreien Euch von Eurer schweren Arbeit (Und schwer ist sie. Ich weiß es aus eigener Erfahrung.) dadurch, daß Ihr aus einer großen Zahl von Möglichkeiten, diejenige aussucht, die Eueren Fähigkeiten und Neigungen entspricht, und die heimische Kohle sparen wir für spätere Generationen auf." Dies könnte durchaus ein reelles Angebot sein, wenn die Konjunkturprobleme wirklich marktkonform an der Wurzel angegangen würden. Die Aussage, daß dies möglich wäre, wird wie eine Art Aberglauben abgewehrt. Im Grunde verhält sich unsere Gesellschaft so wie Bettler in *Die Stadt in der Wüste* von De Saint-Exupéry. Sie wollen sich ihre Wunden nicht heilen lassen, weil es ihr einziger Besitz ist. Bundespräsident Richard von Weizsäcker meldet sich in diesen Tagen zu Wort mit der Mahnung sich bezüglich eines wirtschaftlichen Aufschwungs nicht zu sehr auf eine bessere Konjunktur zu verlassen, sondern die strukturellen Schwächen in Angriff zu nehmen. Die Mahnung ist sicher gut gemeint, übersieht aber, daß strukturelle Schwächen in der Wirtschaft mehr mit staatlichem Fehlverhalten zu tun haben als mit einem solchen der Arbeitnehmer und Unternehmer.

Aber Zurück zur Meyer-Werft und der Ems. Der Unternehmer Meyer hätte den Auftrag zum Bau des Schiffes mit einer benötigten Wassertiefe von 7,30 m nie angenommen, wenn er

1. nicht mit einer Subventionierung des Bauvorhabens durch den Staat hätte rechnen können,
2. die gegebene Fahrwassertiefe als ein unabänderliches Datum hätte einschätzen müssen oder
3. die Kosten der Fahrwasservertiefung aus eigener Tasche hätte bezahlen müssen,
4. nicht aufgrund von bisherigen Erfahrungen mit der Nachgiebigkeit der Politiker hätte rechnen können, die aufgrund des Vorwurfs der Arbeitsplatzvernichtung oder der Verschwendung

öffentlicher Mittel um ihr politisches Überleben fürchten müssen.

Die Emsvertiefung ist nicht nur mit ökologischen Risiken behaftet, sondern auch ökonomisch unsinnig,

1. weil die vertiefte Fahrwasserrinne nur für ein oder zwei Schiffe pro Jahr jeweils für eine Talfahrt benötigt wird und die Ausbaggerungsarbeiten aufgrund von Verschlickung und Versandung jedesmal neu anfallen,
2. weil andernorts genügend freie Schiffsbaukapazitäten an Gewässern mit ausreichender Fahrwassertiefe vorhanden sind,
3. weil in den Wettbewerb der Werften untereinander zu Gunsten der Meyer-Werft staatlicherseits eingegriffen wird und
4. weil es keine Gewißheit gibt, daß die Meyer-Werft trotz vielfältiger staatlicher Förderung wirtschaftlich überlebt. (Unternehmerische Tüchtigkeit in Verbindung mit staatlichen Subventionen ist noch keine Gewähr für Marktbehauptung. Ein besonderes Risiko besteht für Unternehmen, deren Subventionen parteipolitisch gefärbt sind, weil beim Wechsel von Regierungsparteien die Förderungen tangiert sind.)

Auf dem diesjährigen Hafenfest in meiner Heimatgemeinde Barßel (Barßel liegt an Nebenflüssen der Ems.) erklärten mir zwei Wasserschutzpolizisten die Vorgänge um die Meyer-Werft sinngemäß wie folgt:

Papenburg ist schwarz und Emden ist rot. In Papenburg wurde ein bestimmter Minister bejubelt, in Leer wurde er ausgebuht und mit Eiern beworfen. Deshalb wurde und wird die Meyer-Werft gefördert. Dabei spielt es dann auch keine Rolle mehr, daß die Auftraggeber für die Schiffe die Menschenrechte mißachten und die demokratischen Spielregeln nicht einhalten.

Nun zu der Frage, ob das im Bau befindliche Schiff ohne zusätzliche Fahrwasservertiefung die Ems abwärts gebracht werden kann. In der Presse war zu lesen, daß die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen im Niedersächsischen Landtag, Thea Dückert, auf die Springtide setzt. (Die Springtide ist die alle 14 Tage wiederkehrende Tide mit dem höchsten täglich variierenden Hochwasser.)

Diese Überlegung hat etwas für sich. Die Springtiden ist vorherberechenbar. Ob der zusätzliche Tidenhub ausreicht, können Fachleute berechnen. Vielleicht muß auf einen nicht vorherberechenbaren Nordweststurm gewartet werden, der zusätzliches Wasser in die Ems drückt. Die Methode hat geschichtliche Vorbilder. Es wird berichtet, daß in vergangener Zeit an den Flußläufen oberhalb von Barbel in der Nähe der Wälder (also des Schiffbaumaterials Holz) Schiffe gebaut wurden, die nur mit dem Frühjahrs- und Herbsthochwasser bis Barbel flußabwärts gebracht werden konnten. In Barbel wurden sie dann ausgerüstet und konnten dann bei Normalwasserständen die Ems und die See erreichen.

Bei der Überlegung, wie man das im Bau befindliche Schiff, daß einen größeren Tiefgang haben wird, als die derzeitige Tiefe der Fahrwasserrinne erlaubt, ohne Ausbaggerung der Ems seewärts schleppen könnte, habe ich überlegt, wie man den Tiefgang des Schiffes künstlich verringern kann. Ich bin zu folgenden Schlussfolgerungen gekommen.

Methode 1: Den Tiefgang eines beladenen Schiffes verringert man durch Löschen der Ladung. Da ein Neubau keine Ladung hat, kann hier eine geringere Tauchtiefe nur durch eine Teilfertigung erreicht werden, das heißt Innenausbau, Maschineneinbau und Aufbauten erfolgen an einem Ort mit genügender Wassertiefe. (Daß die Schiffbauer in Papenburg gegen dieses Verfahren eine Abneigung haben, kann ich verstehen, wird aber akzeptiert werden, wenn es für die Werft keine andere Möglichkeit gibt.)

Methode 2: Wie hebt man ein gesunkenes Schiff? Es werden im oder am Schiffskörper Auftriebskörper unter- oder angebracht, oder man nimmt Schwimmkräne zur Hilfe. Um Schiffe ganz aus dem Wasser herauszubekommen, bedient man sich eines Trocken- oder Schwimmdocks. Welche Maßnahmen sind untauglich? Auftriebskörper in einem Schiff, das durch eigenen Auftrieb schwimmt, ergeben keinen Sinn.

Die Verringerung der Tauchtiefe des Neubaus durch Anheben mittels Schwimmkränen dürfte an den Dimensionen des Schiffes, dem zu schmalen Fahrwasser und den zu geringen Durchfahrtsbreiten der Emsbrücken scheitern. Ein Trockendock als stationäres Bauwerk ist auch zu streichen. Es verbleiben zwei Möglichkeiten: a)

Schwimmdock und b) zusätzliche äußerliche Auftriebskörper.

Zu a) Grundsätzlich kann ein Schiff in einem Schwimmdock Flußabwärts geschleppt werden. Die erforderliche Wassertiefe für die Tauchtiefe des gefluteten Schwimmdocks kann wahrscheinlich in Werftnähe durch Ausbaggern hergestellt werden. Die Tauchtiefe des Schwimmdocks mit Neubau in Arbeitsschwimmlage dürfte aufgrund seiner anderen räumlichen Ausdehnung geringer sein als die des Neubaus der Meyer-Werft. Ein Problem kann die Breite des Schwimmdocks sein. Es muß nämlich durch das doppelte Nadelöhr in Form von Brückendurchfahrten.

Zu b) Zusätzliche außen beidseitig angebrachte Schwimmkörper hätten den Vorteil:

1. daß sie so schlank dimensioniert werden könnten, daß sie gerade den erforderlichen Auftrieb bringen, kein Hindernis für die Brückendurchfahrten;
2. daß sie wiederverwendbar sind (z.B. auch für Schiffsbergungen) und
3. daß zusätzliche Baggararbeiten im Werftbereich nicht erforderlich sind.

Für die Anbringung der Auftriebskörper an das Schiff gibt es mehrere technische Lösungen.

Es gibt also auch in der gegebenen politisch verfahrenen Situation keinen Sachzwang zur Emsvertiefung. Das bedeutet nun aber nicht, daß die Akteure auf der politischen Bühne dieses auch zugeben werden. Wenn ich richtig informiert bin, haben die Emsfischer den Ausbaggerungsstopp in zweiter gerichtlicher Instanz erwirkt. Es ist anzunehmen, daß jetzt der Widerstand der Fischer mit Geld gebrochen wird. Und man wird dann wieder hören können, daß sich leider die ökonomischen Belange gegen die ökologischen durchgesetzt hätten, obwohl in einem solchen Fall tatsächlich die Ökonomie und die Ökologie die Verlierer sind.

./.

Nachtrag: Die HAZ berichtet in der Ausgabe vom 3. November 1993: "Fischer wollen Klage gegen Emsvertiefung zurückziehen ... Wie zu erfahren war, verpflichten sich die acht Fischer in den Papieren zur Rücknahme der Klage und verzichten auf weitere Einwände gegen die Vertiefung. Im Gegenzug sollen sie einen nicht genannten Betrag von der Meyer-Werft bekommen, um sich größere Kutter für die Arbeit in neuen Fanggründen in der Nordsee kaufen zu können. Zuletzt war die Rede von fünf bis acht Millionen Mark. ..."